

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 1a • Informationsblatt der steirischen KPÖ • Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt • RM 18A041515 E

Regionalmedium der **KPÖ** Graz - Gemeinderatsklub

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
18A041515 E



Plabutschgondel-Pläne Unmut wächst

Seite 6-7

Der Frühling kommt. Die Stadtgärtnerinnen sind schon bei der Arbeit, pflanzen Blumen und pflegen die Grünanlagen. Wir vom Grazer Stadtblatt sagen Danke schön. Weil der wunderschön blühende Blumenschmuck Auge und das Herz erfreut, hat die KPÖ angeregt, dass sich die Stadt Graz offiziell am steirischen Blumenschmuckwettbewerb Flora-19 beteiligt.



AK
WAHL

28. MÄRZ – 10. APRIL

**Konsequent
für Gerechtigkeit!**

LISTE 5



www.glb-kpoe.at

GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

GLB-KPÖ BEI DER ARBEITERKAMMERWAHL

„Faule Kompromisse gibts m

Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten. Sie vertritt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber der Politik und der Wirtschaft und ist zugleich Serviceeinrichtung für ihre Mitglieder. Das Grazer Stadtblatt sprach mit GLB-KPÖ-Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger über die AK-Wahlen, die vom 28. 3. bis zum 10. 4. 2019 stattfinden. Derzeit ist der GLB-KPÖ mit 4 Mandaten in der AK vertreten.

LISTE 5**ZITIERT**

„Wir werden unsere inhaltslose Politik weiter konsequent fortsetzen.“ Martin Sonneborn, „Die Partei“, über seinen Europawahlkampf. Mitteldeutsche Zeitung, 4.2.2019.

„Der König macht die Tour de France“. Über die Versuche von Präsident Macron, die Proteste zum Erliegen zu bringen. Junge Welt, 8.2. 2019.

„Die Linke war immer dann erfolgreich, wenn sie schonungslos die sozialen Verhältnisse angesprochen hat. Niemand braucht eine Sozialdemokratie, die ihre Augen vor den Exzessen des Kapitalismus verschließt und nur über Toleranz und sprachliche Diskriminierung redet.“ Nils Heisterhagen, Der Standard 8.2.2019.

„Die EU hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie ein neoliberales Projekt ist, dass sie die sozialen und die Arbeitnehmerrechte nicht würdigt. Sie hat die Tore für die Privatisierung von Dienstleistungen weit geöffnet.“ Andreas Wehr, 7.2.2019.

Stadtblatt: Ab Ende März finden die steirischen AK-Wahlen statt. Wie ist der GLB aufgestellt?

Kurt Luttenberger: Wir sind die Liste 5 bei der Arbeiterkammerwahl: „GLB-KPÖ“. Mit Hilde Tragler (Betriebsrätin Magna Fahrzeugtechnik Graz), Uwe Süß aus Leoben (Betriebsrat bei Voestalpine-Stahl-Donawitz), Gerhard Simbürger (Stahl-Judenburg) und mir haben wir ein Team, das die Welt der Arbeit sehr gut kennt.

Warum ist es wichtig, zu dieser Wahl zu gehen?

Viele arbeitende Menschen sind angesichts der jüngsten Verschlechterungen durch die schwarz-blaue Bundesregierung frustriert. Doch gerade jetzt ist es wichtig, das Wahlrecht bei der Arbeiterkammerwahl zu nützen. Die Arbeiterkammer

hat die Möglichkeit, soziales Unrecht aufzuzeigen und Druck auf die Regierung auszuüben. Allein eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Position der Arbeiterkammer.

Warum sollte man den GLB-KPÖ wählen?

Die Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ sind glaubwürdig und schwimmen nicht mit dem Strom. Das wissen viele und schätzen unsere Fraktion genau dafür. Wir setzen uns konsequent für die Rechte der Beschäftigten ein, ob das in der AK ist oder als Betriebsräte in den Betrieben. Nehmen wir zB. Hilde Tragler. Für die Rechte ihrer Arbeitskollegen kämpft sie wie eine Löwin. Kein Problem ist ihr zu klein, keine Herausforderung zu groß. Als Betriebsrätin kümmert sie sich um alle Probleme in der Kollegenschaft. Faulen Kompromissen in Kollektivverträgen hat sie als Mitglied im Vorstand der Metaller-Gewerkschaft nie zugestimmt.

Wie wirkt der GLB in der Arbeiterkammer?

Der GLB ist die Fraktion in der Arbeiterkammer, die auch unangenehme Themen anspricht, bei

denen andere „abtauchen“, weil sie loyal gegenüber der Linie ihrer Fraktion in der Landes- oder Bundesregierung sein wollen. So ist es schon vorgekommen, dass Vertreter anderer Fraktionen, die sowohl in der AK als auch im Landtag sitzen, bei wichtigen Anträgen – zum Beispiel als es um die Abschaffung des Pflege regresses ging – in der AK dafür, im Landtag aber dagegen gestimmt haben. So ein Verhalten ist bei Vertretern des GLB-KPÖ nicht denkbar.

Darum also den Linksblock wählen?

Ja, denn bei sozialen Ungerechtigkeiten erheben wir unsere Stimme und zeigen Alternativen auf. Wer bei der kommenden AK-Wahl nicht die Funktionäre jener Parteien stärken will, die für die jetzige Lage verantwortlich sind, wer eine starke Stimme für Gerechtigkeit in der AK will, die auch einmal auf den Tisch haut, unterstützt die Liste 5 GLB-KPÖ. Eine Stimme für den GLB ist ein Denktzettel gegen die herrschende Politik der Lohnkürzungen, des Leistungsdrucks und des Sozialabbaus.

Was dürfen die Arbeiter er-

Arbeiterkammer-Wahlen von 28. März bis 10. April –

Wer ist wahlberechtigt?

Alle AK-Mitglieder, die zum Stichtag (19.12.2018) umlagepflichtig waren – also ein Verdienst aus Arbeit bekommen haben.

Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienner mit aufrechter Arbeitsverhältnis nur dann, wenn sie sich in die Wählerliste haben eintragen lassen.

Wann wird gewählt?
Zwischen 28. 3. und 10. 4.

Wo und wie kann ich wählen?

Im Betrieb

In vielen Unternehmen ist es möglich, direkt im Betrieb zu wählen (Infos und Aushänge beachten!).

Per Brief

Wenn es direkt im Betrieb kein Wahllokal gibt, werden Ihnen Wahlunterlagen zugeschickt. Sie

können Ihre Stimme dann ganz einfach per Post (Achtung: Poststempel spätestens vom letzten Wahltag) abgeben oder

Persönlich

in der Arbeiterkammer in der Hans-Resel-Gasse 8-14 (=Wahllokal) oder einer der AK-Bezirksstellen (akstmk.at)wählen.

Wen wähle ich bei der AK Wahl?

Das sogenannte „Arbeiterparlament“, die Arbeiterkammer-Voll-

it uns nicht“

Kurt Luttenberger, Spitzenkandidat der Liste 5 – KPÖ-GLB.



warten, wenn der GLB-KPÖ in der AK gestärkt wird?

Die Stimme für soziale Gerechtigkeit wird lauter und kämpferischer. Wir wollen, dass die AK

nicht nur in Fragen des Konsumenten- und Rechtsschutzes stark ist, sondern auch zu einer ernstzunehmenden politischen Größe wird.

so geht's: Daten und Fakten

versammlung. Ihre Mitglieder sind die Kammerrätinnen und Kammerräte. Sie wählen wiederum aus ihren Reihen die AK-Präsidentin oder den AK-Präsidenten in ihrem Bundesland.

Fragen zur AK-Wahl beantworten wir gerne:
Tel. 0681/10 51 77 00.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, kann bis spätestens 22. März 2019 auf elektronischem Weg (Download „Wahlkartenan-

trag für Betriebssprengelwähler“) oder bis 25. März 2019 persönlich im Wahlbüro, AK Steiermark, 1. Stock, Hans-Resel-Gasse 6-14, 8020 Graz, eine Wahlkarte beantragen (Tel. 05/7799-2576, Mail: wahlbuero@akstmk.at bzw. Bezirksstelle der AK) und damit per Brief oder im öffentlichen Wahllokal wählen.

GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

MEINE MEINUNG



Stadträtin Elke Kahr

Am Werkstor

*Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!*

Kennen Sie den Spruch: „Die Demokratie hört am Werkstor auf“? Er soll die Macht der Unternehmer über die Beschäftigten ausdrücken. Und viele von uns haben schon erlebt, dass ihre Interessen wenig gelten, wenn der „Standort“ oder die „Wettbewerbsfähigkeit“ über alles gestellt werden.

Aber der Spruch stimmt nicht ganz. Zumindest bis jetzt. Es gibt die Gewerkschaft, die Betriebsräte und es gibt die AK. Man kann sich an die Arbeiterkammer wenden, wenn man übervorteilt oder um seine Rechte gebracht wurde. Ich habe immer ein gutes Gewissen, wenn ich Menschen, die mit ihren Sorgen zu mir kommen, an die AK verweise.

In einer Zeit des Sozialabbaus ist das nicht wenig. Deshalb versucht die Regierung ja auch, die Möglichkeiten der Arbeiterkammer einzuschränken.

Sie ist nämlich kein Teil des Staatsapparates, der den Menschen fremd gegenübersteht. Sie sollte ein Instrument zur Durchsetzung unserer Rechte sein.

Eine schwache AK nützt den Mächtigen in Staat und Wirtschaft. Eine starke AK kann viel für uns alle tun. Sie könnte es besser tun als jetzt. Deshalb ist es gut, wenn Kurt Luttenberger, Hilde Tragler und die KPÖ bei der Wahl zur Arbeiterkammer eine stärkere Rückendeckung bekommen. Die Rechte der arbeitenden Menschen müssen verteidigt werden.

Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich im: Grazer Rathaus, 2. Stock, Tür 236,

Tel. 0316 / 872-20 60

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Ostergeschenk für die Wirtschaft: Wer den Karfreitag begeht, muss jetzt einen Urlaubstag nehmen. Das senkt die Kosten.

ACHTUNG:

Der Energiekostenzuschuss von 65 Euro kann von Besitzern der SozialCard nur noch bis Freitag, 15. März, beantragt werden. Der Antrag muss ONLINE gestellt werden.

Bei Problemen: Servicestellen der Stadt Graz oder direkt an den SozialCard-Schalter im Sozialamt.

**GRAZER
Stadtblatt**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



GLB-KPÖ

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK - KPÖ

Konsequen

Zwischen 28. März und 10. April 2019 wird die steirische Arbeiterkammervollversammlung gewählt. Derzeit haben dort die SPÖ-Gewerkschafter das Sagen. Der GLB-KPÖ tritt an, damit in der AK für die arbeitenden Menschen was weitergeht.

Wir brauchen Löhne, von denen wir leben können. Wir brauchen sichere Jobs statt Leiharbeit, Befristungen und ständigen Sorgen um den Arbeitsplatz. Und wir brauchen Wohnungen, die wieder leistungsfähig sind.

Die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessensvertretung der arbeitenden Leute könnte dazu einen Beitrag leisten und Druck auf die Regierenden machen. Deshalb ist es wichtig, wer in der AK über Einfluss verfügt.

Bei dieser AK-Wahl entscheiden Sie, ob Sie die Funktionäre jener Parteien stärken wollen, die für die jetzige Lage verantwortlich sind, oder ob Sie den Regierenden einen Denkzettel verpassen möchten.

Wenn Sie eine starke Stimme für Gerechtigkeit in der AK wollen, die auch einmal auf den Tisch haut, dann unterstützen Sie bei der Wahl die Liste 5 – GLB-KPÖ!



Gemeinsam für Gerechtigkeit!

Wir stellen vor: Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ



Kurt Luttenberger: Arbeiterkammer-Rat des GLB-KPÖ, Spitzenkandidat

Wir leben in einer Zeit, in der uns die Politik Tag für Tag Verschlechterungen zumutet. Die SPÖ-ÖVP-Koalition sorgt in der Steiermark für die Schließung von Spitälern und die Abschaffung der Wohnbeihilfe, die schwarz-blaue Koalition im Bund führt den 12-Stunden-Arbeitstag ein, bereitet Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung vor und attackiert die Krankenkassen. Da braucht es jemanden, der in der AK dagegen auftritt.



Sener Edepali arbeitet bei Salesianer Miettext

12-Stunden-Tag – Was kommt als nächstes? Nur gemeinsam können wir dagegen ankämpfen. Ich kandidiere für eine kämpferische Kraft in der Arbeiterkammer.



Hilde Tragler: Betriebsrätin bei Magna Graz

Ich kandidiere für den GLB, weil ich die Anliegen meiner Kolleginnen und Kollegen aus unserem Betrieb auch in der AK vertreten möchte. Wenn es um unsere Interessen gegenüber der Politik geht, ist die AK ein wichtiges Sprachrohr für uns.



Philipp Ulrich ist Betriebsrat bei der Lebenshilfe

Die Menschen im Sozial- und Pflegebereich leisten eine hervorragende Arbeit trotz des immensen Arbeitsdrucks. Ich möchte ihnen in der AK eine Stimme geben und klar ausdrücken, dass sich die Arbeit mit Menschen nicht weiterhin an Profiten orientieren darf.



Uwe Süß: Betriebsrat bei Voestalpine Stahl Donawitz

Als einfacher Arbeiter und Betriebsrat kenne ich die Probleme und Sorgen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Angestellten. Ich setze mich gegen Freunderlwirtschaft und Privilegien ein, für die Interessen von uns arbeitenden Menschen und für echte Gerechtigkeit.



Markus Kaufmann arbeitet bei Gigaspot

Ich kandidiere für den GLB, weil es vor allem für den Handel eine gute Vertretung in der Arbeiterkammer braucht.



Daniela Stampler arbeitet bei Trafik Lesky

Ich setze mich für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein. Weil es leider noch immer so ist, dass Frauen oft weniger bezahlt bekommen, braucht es eine AK, die sich um dieses Thema kümmert.

www.glb-kpoe.at

nt für Gerechtigkeit!

Tel. 0677/612 538 99 – E-Mail: glb@glb-steiermark.at • Facebook: glbsteiermark

AK
WAHL

28. MÄRZ – 10. APRIL

–KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl



Alexandra Hude ist Ersatzbetriebsrätin bei Magna Graz

Wir sollen immer flexibler sein und länger arbeiten. Oft kommt es vor, dass nicht einmal die Gesetze und der Kollektivvertrag eingehalten werden. Da braucht es eine AK, die sich für unsere Rechte einsetzt. Deshalb kandidiere ich für die Liste GLB-KPÖ.



Metin Deveci arbeitet bei Unisan

Unsichere Jobs, schlecht bezahlte Lehrstellen, eine ungewisse Zukunft. Dagegen braucht es für uns Junge eine starke Stimme in der AK.



Doris Berger: Waldorfschule Karl Schubert, Frauenvorsitzende der KPÖ

Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das bedeutet: kein existenzsichernder Verdienst, geringe Aufstiegschancen und keine oder unzureichende Kranken-, Arbeitslosen- und Altersvorsorge. Wir treten für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie eine gerechte Aufteilung der Arbeit ein. Dadurch könnten Vollzeitarbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen geschaffen werden.



Gernot Omerovic arbeitet bei den ÖBB

Die Eisenbahn muss in öffentlichem Eigentum bleiben. Es braucht gute Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen und leistungsfähige Tickets für die Fahrgäste.



Franz Kahr arbeitet bei Conrad Electronic

Ich kandidiere für die Liste GLB-KPÖ, weil mir eine gerechte Entlohnung und familienfreundliche Arbeitszeiten für uns Handelsangestellte wichtig sind.



Brigitte Syen, arbeitet bei Jugend am Werk

Für die Liste GLB-KPÖ kandidiere ich, weil ich schon lange nicht mehr an die Sozialpartnerschaft glaube. Der ÖGB muss wieder eine Kampforganisation der Arbeiter werden und darf sich bei Verhandlungen nicht ständig über den Tisch ziehen lassen. Ich werde oft gefragt, wozu brauchen wir die AK denn überhaupt noch – Leute, wir brauchen sie mehr denn je und wir brauchen Menschen in der AK, die den Mut haben, sich zu widersetzen.



Miriam Herlicska arbeitet bei Sensorwell

Während die Wohnkosten stark steigen, tun das Löhne nicht. Daher braucht es eine verstärkte Aufnahme des sozialen Wohnbaus und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, um allen Menschen ein sicheres Leben zu ermöglichen.

DENKZETTEL
gegen
12-Stunden-Tag
Leistungsdruck
Teuerung
Sozialabbau



Friedrich Bayer arbeitet bei der Holding Graz

Trotz jahrelanger Nachtarbeit in der Straßenreinigung erhalten wir keine Schwerarbeitspension. Es braucht in der AK jemanden, der sich für ein besseres Pensionssystem einsetzt.

GLB-KPÖ
LISTE 5

Arbeiterkammer-Wahl
28. März – 10. April 2019

Kunsterziehung soll nach Graz kommen!

In Graz gibt es keine Ausbildungsmöglichkeit für Kunsterzieher mehr. Studierende müssen nach Wien oder Linz auspendeln.

KPÖ Gemeinderat **Andreas Fabisch** setzt sich seit vielen Jahren für eine Verbesserung der Ausbildungssituation für Kunsterziehende ein. Seit kurzer Zeit ist es für Studierende in Graz gar nicht mehr möglich, eine Ausbildung zum Kunsterzieher für

den Sekundarbereich (ab 5. Schulstufe) zu erhalten, selbst die Lehramtsausbildung an der Pädagogischen Hochschule wurde aufgelöst(!) und verschwindet nun im Süden Österreichs zur Gänze. So sind steirische Studierende gezwungen, nach Wien oder Linz auszupendeln, um eine Ausbildung in Kunsterziehung zu erhalten.

In der Grazer Gemeinderats-



sitzung im Jänner dieses Jahres beantragte KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**, dass sich die Stadt Graz dafür einsetzen soll, ein vollwertiges Lehramtsstudium für Bildnerische Erziehung für den Sekundarbereich in Graz einzurichten. „Das Kulturjahr 2020 wäre dafür ein passender Anlass“, betonte der KPÖ-Bildungssprecher.

Richtigstellung

In der Jänner-Ausgabe des Grazer Stadtblattes ist uns ein Fehler passiert: Bei unserem Beitrag „Murgasse: Moden Müller Ade“, der sich mit der Geschichte und dem Ende der Kaufhaus- und Versandkette Moden Müller – zuletzt im Eigentum der Schweizer Firma Vögele – befasst, haben wir irrtümlich ein Foto der Außenansicht des Kaufhauses „Kleider Bauer“ veröffentlicht. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass das Kaufhaus „Kleider Bauer“ in der Murgasse mit dem Inhalt des Beitrages nichts zu tun hat und natürlich nach wie vor geöffnet hat und bedauern die irreführende Bildauswahl.

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF



Rufen Sie an!

0677/612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at
<http://www.glb-steiermark.at>

Einladung zur Info-Veranstaltung

ELEKTROMOBILITÄT: Chancen und Risiken

Mi. 20. März, 18 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Vortrag und Diskussion mit
Professor Gerd Sammer



Der österreichische Erfinder Nikola Tesla ist namengebend für eine wichtige E-Autofirma.

E-Autos haben aus Umweltsicht sicher einige Vorteile. Inwieweit und unter welchen Rahmenbedingungen können sie aber tatsächlich zur Lösung der Umwelt- und Verkehrsprobleme in der Stadt beitragen, ohne soziale Randgruppen zu benachteiligen? Wie kann der Zugang zu Mobilität für alle gewährleistet werden und wer trägt die Kosten für die notwendige Ladeinfrastruktur?

Diskutiert werden sollen auch verschiedene Förder- und Steuerungsinstrumente, wie Ankaufförderung, Bevorzugung von E-Autos durch Gratisparken in Zonen, Mitnutzung von Busspuren u. dgl.

DI Dr. Gerd Sammer ist emeritierter Professor der BOKU Wien, wo er das Institut für Verkehrswesen leitete. Davor lehrte und forschte er viele Jahre an der TU Graz und erstellte u.a. für die Stadt Graz Verkehrskonzepte. Er ist Mitbetreiber des Verkehrsplanungsbüros ZIS+P in Graz und Wien.

Stadtblatt-Umfrage: 98 % gegen die Plabutsch-Seilbahn

In unserer Jänner-Ausgabe des Grazer Stadtblatt haben wir unsere Leserinnen und Leser gefragt: Was soll mit dem Plabutsch geschehen?

Zu dieser Frage erreichten uns besonders viele Rücksendungen. 49 Prozent waren dafür, dass der Plabutsch so bleiben soll, wie er ist und 49 Prozent waren gegen die Gondel, aber für eine Aufwertung von Thalersee und Plabutsch als Erholungsraum. Nur zwei Prozent waren der Ansicht, dass die Gondel ein positives Projekt wäre.

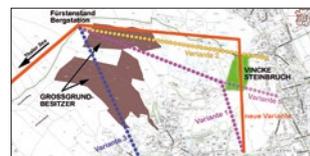
Hauptgründe für die ablehnende Haltung gegenüber dem Gondelprojekt waren für 28 Prozent der Schutz von Natur und Tieren sowie der Erhalt der Wasserqualität und der Ruheoasen am Plabutsch.

Besser in öffentlichen Verkehr investieren

35 Prozent gaben an, dass die Stadt Graz sich die Seilbahn nicht leisten kann bzw. dass es besser wäre, das Geld anderweitig zu investieren. Knapp die Hälfte von ihnen meinte, statt die Seilbahn zu errichten, sollte besser der öffentliche Verkehr ausgebaut werden.

10 Prozent äußerten Kritik an der „Drüberfahrpolitik“ der schwarz-blauen Rathauskoalition.

Weitere Beiträge bezogen sich auf die drohende Parkplatzknappheit und das zusätzliche Verkehrsaufkommen bei der geplanten Talstation in Eggenberg bzw. die Befürchtung, der Plabutsch könnte zum „Eventberg“ werden, wo Natur und Erholung keinen Platz mehr finden. Vielfach gewünscht wurden der Erhalt bzw. die bessere Kennzeichnung der Wanderwege sowie eine Attraktivierung des Thalersee-Restaurants.



Aufreger Plabutschgondel

Wohin geht die Fahrt?

Am 12. Februar das Wirtshaus Roschitz in Eggenberg bei der Informationsveranstaltung zum Thema Plabutschgondel, zu welcher die Grazer KPÖ geladen hatte. Etwa 170 besorgte Bürger waren erschienen und zeigten sich kämpferisch. „Es war wichtig, dass die Bevölkerung einmal zu Wort kommen konnte“, so Stadträtin Elke Kahr. Es wurde leidenschaftlich und sehr sachlich diskutiert und man merkte, wie vielen Leuten ihr Plabutsch am Herzen liegt. Grundtenor unter den Anwesenden war: Familienberg statt Eventberg! Verbesserungen am Plabutsch sind erwünscht. Aber zu einer Seilbahn, die in der Stunde 1.600 (!) Leute auf das beliebte Aussichtsplattform karren kann, sagen die Leute: „Nein.“ Überlegt wurde, Unterschriften für eine Volksbefragung zur Gondel zu sammeln.

Informiert von der regen Beteiligung an der Info-Veranstaltung, dem dort vorherrschenden Unmut der Bevölkerung sowie dem Vorhaben der Oppositionsparteien, kündigte Bürgermeister Nagl tags darauf an, selbst eine Volksbefragung zur Seilbahn über den Plabutsch durchzuführen, allerdings erst 2020 und erst, nachdem Detailplanungen und eine UVP vorliegen würden.

„Das ist uns zu spät“, stellt Elke Kahr klar. „Wir möchten, dass die Volksbefragung stattfindet, noch bevor weiteres Geld in die Hand genommen wird. Schließlich liegen die wesentlichen Fakten jetzt schon auf dem Tisch. Für eine Machbarkeitsstudie – die übrigens nie der Öffentlichkeit präsentiert wurde – sind im vergangenen Jahr ohnehin schon 500.000 Euro geflossen.“

Chronologie einer „Inflation“

Jan. 2017	Die Presse titelt:	„Nagl liebäugelt mit Bau einer Seilbahn auf Plabutsch“
März 2017	Im Programm der neuen ÖVP-FPÖ-Rathauskoalition heißt es:	„Die Erschließung des Plabutsch über eine Seilbahn oder eine sonstige technische Aufstiegshilfe soll geprüft werden.“
Sept. 2017	Dem Gemeinderat wird ein Bericht vorgelegt. Darin steht:	„Eine erste Grobkostenschätzung samt erster Wirtschaftlichkeitsprüfung weist Projektkosten von rund 25 Mio Euro aus.“
Juni 2018	Die Kleine Zeitung schreibt:	Plabutsch: Studie erteilt der Seilbahn nun grünes Licht“ und spricht im Zusammenhang von 25 Mio. Euro für den Bau der Seilbahn sowie für die Restaurierung des Thalersee-Restaurants von einer „Punktlandung“.
Nov. 2018	Der Standard schreibt:	„Die Kosten für die Errichtung der Seilbahn samt Stationen bezifferte Eustacchio mit geschätzten 35 Mio. Euro . Rund drei Millionen Euro seien für Grundstücksablösen, -tausche und Dienstbarkeitsverträge reserviert.“
Stand Feb. 2019	Mittlerweile lautet die Rechnung :	35 Mio. Seilbahn 3 Mio. Grundstückskäufe 3,4 Mio. Thalersee-Restaurant 270.000 Euro für 40 % des Thalersees 41,67 Mio. Euro gesamt



Großer Andrang herrschte bei der Info-Veranstaltung der KPÖ zur Plabutsch-Seilbahn im Februar.

Stadt Graz will 20 Hektar Wald „abgeben“

Noch im März soll im Grazer Gemeinderat ein Grundstückstausch zwischen der Immobiliengesellschaft der Stadt GBG und Dr. Helmut Marko beschlossen werden. Marko soll „dem Stadtgebiet abgewandte Flächen“ im Tausch gegen „dem Stadtgebiet zugewandten

Flächen“ erhalten. Die Stadt Graz würde mit diesem Tausch knapp 20 Hektar an Waldflächen verlieren. Tatsächlich ist Wald in Österreich laut Forstgesetz für Erholungssuchende ohnehin öffentlich zugänglich, es fragt sich, wozu dann Flächen getauscht werden müssen, es sei denn für

Spekulationszwecke?

Es fragt sich, wer von diesem Wald-Tausch tatsächlich profitiert. Es ist zu befürchten, dass Bürgermeister Nagl mit seiner Volksbefragung nur Zeit gewinnen will, um Fakten zu schaffen, die kaum rückgängig gemacht werden können.

VON DEN ANFÄNGEN DER AK UND WAS SIE BEWIRKT HAT

Ein Schritt zur Organisierung der Arbeiter



Am 26. Februar 2020 ist es 100 Jahre her, dass das Gesetz über die Einrichtung von Arbeiterkammern in Österreich beschlossen wurde. Von der Teilnahme an der AK-Wahl 2019 kann es abhängen, ob die Rechte und Möglichkeiten dieser Einrichtung beschnitten werden oder nicht.

Die Arbeiterkammer ist kein Amt, das von oben her eingerichtet wurde. Sie ist – wie die Betriebsräte, der Achtstundentag, das Frauenwahlrecht oder der Mieterschutz – ein Ergebnis der revolutionären Entwicklung beim Sturz der Habsburgermonarchie. Und die Unternehmenseite hat mehr als einmal versucht, diese Errungenschaften zurückzudrängen.

Das Bürgertum hatte bereits im 19. Jahrhundert seine Kammern geschaffen: Die Handelskammer mit Pflichtmitgliedschaft bereits im Revolutionsjahr 1848, die Rechtsanwaltskammer usw. Darin drückte sich auch die Macht einer aufstrebenden Klasse aus. Die arbeitenden Menschen hatten nichts dergleichen. Es gab nicht einmal Betriebsräte. Deshalb kämpfte die Sozialdemokratie in der Monarchie für die

Schaffung von Arbeiterkammern. 1872 wurde von Vertretern des Ersten Allgemeinen Arbeitervereins dem Ministerium des Inneren und dem Reichsrat ein Memorandum überreicht, das die Errichtung von Arbeiterkammern forderte.

Die Regierung lehnte dies zuerst ab und wollte – als der Druck stärker wurde – nur Kammern mit sehr beschränkten Kompetenzen zulassen. Deshalb erklärte der Vereinigungsparteitag von Hainfeld 1889 in einer eigenen Resolution unzweideutig, „dass der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern ... den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, weder wirtschaftlich noch politisch entspricht.“ Die Arbeiter hätten an der Errichtung der Arbeiterkammern nur dann ein politisches Interesse, wenn damit „ein Schritt zur Organisierung der Arbeiterklasse geschieht“.

Ein Schutzschild

Erst der Sturz der Monarchie schuf in der Umbruchperiode 1918 -1920 die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeiterkammern, die diesem Zweck dienen konnten. Man hatte Angst davor, dass Österreich dem Beispiel der Oktoberrevolution folgen könnte. Und so war auch den Unternehmervertretern die Arbeiterkammer lieber als eine Räterepublik. Der Kongress der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften forderte 1919 kategorisch die Errichtung von Arbeiterkammern als „Schutzschild“ für die sozialen Errungenschaften. Am 26. Februar war es dann soweit. Die neuen Arbeiterkammern wurden den Handelskammern (heute Wirtschaftskammer) völlig gleichgestellt. Die AK sollte „den Gewerkschaften ein Apparat sein, die Wirtschaft zu durchleuchten, sozialpolitisch das Gestrüpp der gesetzlichen Einrichtungen zu durchdringen und arbeitsrechtlich alles verteidigen zu helfen“. Die regelmäßigen Wahlen der Vollversammlung machte sie zu einem Arbeiterparlament. Schon in der ersten Republik hatte die KPÖ dort einen gewissen Einfluss. Sie erzielte bei der AK-Wahl 1926 fast 3 Prozent der Stimmen.

Diese starke Rolle der Arbeiterkammer war von

Anfang an im Visier der Rechten. Der Austrofaschismus machte sie deshalb von einem Instrument der arbeitenden Menschen zu einem Teil des Ständestaates. Der spätere Landeshauptmann Josef Krainer wurde damals zum steirischen AK-Präsidenten ernannt. Nach dem 12. März 1938 und dem Einmarsch Hitlers in Österreich wurden auch die Arbeiterkammern beseitigt. Sofort nach der Befreiung richteten SPÖ, KPÖ und ÖVP die Arbeiterkammern wieder ein – das entsprechende Gesetz dazu wurde bereits am 20. Juli 1945 beschlossen.

Angriff von Schwarz/Blau

In der zweiten Republik war die Spitze der AK jahrzehntelang daran gewöhnt, wichtige Entscheidungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu treffen. Sie baute ihre Positionen und die Privilegien ihrer Spitzenfunktionäre aus. Deshalb trafen sie die Angriffe von Schwarz-Blau im Jahr 2000 unvorbereitet. Auch die neue schwarz/blau Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm das Ziel festgeschrieben, die AK zu schwächen. Die Zerschlagung der Sozialversicherungen hat einen Vorgeschmack gebracht. Die Selbstverwaltung der Versicherten und der Einfluß von AK und ÖGB werden geschwächt. Die Versicherungen der Selbständigen bleiben unangetastet. Dasselbe hat man bei den Kammern vor. Die Wirtschaftskammer soll noch mehr Einfluss bekommen, von der Anwaltskammer oder der Ärztekammer redet niemand. Nur die AK soll zusammengestutzt werden.

Die AK ist nicht ideal. An ihr gibt es sehr viel zu kritisieren, vor allem ihre Rolle in der Sozialpartnerschaft. Jetzt braucht sie aber unsere Unterstützung. Durch eine hohe Wahlbeteiligung und am besten durch eine Stimme für GLB-KPÖ.

Franz Stephan Parteder



Die, die in der Gesellschaftspyramide unten sind, haben in der Arbeiterkammer eine mehr oder weniger verlässliche Vertretung.

Kein Krippenplatz. Familie mit an Diabetes erkranktem Kind klagt an:

„Unser Kind hat ein Recht auf Betreuung!“

Für Eltern wird es zusehends schwerer einen Krippenplatz für ihre Kleinen zu erhalten. Verschärft wird diese Situation, wenn man ein Kind mit chronischer Erkrankung hat.

Grundsätzlich haben Lea (34) und Thomas (36) geplant, ihre Tochter Elisabeth (Namen geändert) nach einer zweijährigen Karenz in die Kinderkrippe zu geben. Doch dann die böse Überraschung: Die 16monatige Elisabeth erhielt die Diagnose Diabetes mellitus Typ 1, umgangssprachlich Zuckerkrankheit. Rund 300 Kinder erkranken pro Jahr an Typ-1-Diabetes in Österreich. Eine Krankheit, die therapierbar ist. „Doch der eigentliche Schock kam, als wir versucht haben, für Elisabeth einen Krippenplatz zu erhalten“, erzählt Lea.

„Zuviel Arbeitsaufwand“

Auf der Suche nach einem Platz für ihre Kleine erhielt die Familie eine Absage nach der anderen. „Zuviel Arbeitsaufwand! Das bekamen wir von den Krippen zu hören“, erinnert sich, die zu diesem Zeitpunkt, sehr verzweifelte Mutter. „Ich verstehe auf der einen Seite die Pädagoginnen, die Angst vor Mehraufwand und der zusätzlichen Verantwortung haben.“ Zwar müssten die Betreuer Elisabeth kein Insulin spritzen, das erledigt eine Insulinpumpe, jedoch muss jede Mahlzeit mit dem Blutzuckergehalt abgestimmt werden.

Druck ist groß

In Lend, wo Elisabeth

mit ihrer Familie lebt, gibt es nur eine städtische Kinderkrippe in der Nähe des Kalvarienbergs. Die restlichen gehören alle zu privaten Unternehmen. Es liegt in der Natur, dass private Kinderbetreuungseinrichtungen einem viel höheren finanziellen Druck unterliegen als öffentliche. Diesen starken Druck spüren auch die Pädagoginnen. Die Anzahl der Mitarbeiter ist auf ein Mindestmaß beschränkt. Krankstände und Urlaube führen immer wieder zu Unterbesetzungen. Auch wenn es Springer gibt, müssen diese erst mit den Tagesabläufen der Krippe vertraut gemacht werden.

Deswegen auch die Angst der Betreuer vor einem Kind, welches einen „Mehraufwand“ mit sich bringt. „Leider gibt es für chronisch erkrankte Kinder keine gesetzlich vorgeschriebene Unterstützung für das Krippen-

personal“, hieß es für die Familie von Seiten des Amtes. Unter chronischen Erkrankungen fallen auch Asthma oder Epilepsie. „Es hat uns wahnsinnig traurig gemacht, wie Elisabeth in dieser Welt begrüßt wurde: Du darfst nicht hier sein, weil du zu viel Arbeit bist!“

Ohne Krippenplatz hätte Lea ihren Job nicht annehmen können. „Wir wären in eine prekäre Lebenslage gerutscht. Da stellt man sich auf einmal die Frage: Wieviel Geld bleibt dir?“

Für unsere ältere Tochter hätten wir uns den Kindergarten nicht mehr leisten können“, schildert die zweifache Mutter die tristen Aussichten.

Auf guten Willen angewiesen

Doch die Familie hat nicht aufgegeben. Nach Monaten des Bangens und „Klinkenputzens“ bei weiteren Krippen hat es

„DU DARFST NICHT HIER SEIN, WEIL DU ZU VIEL ARBEIT BIST!“



Armut ist kein Kinderspiel!

Fachtagung zur sozialen Absicherung von Kindern und Jugendlichen

28. März 2019

KPÖ-Bildungszentrum
LAGERGASSE 98A • 8020 GRAZ

Mit: Laura Wiesböck, Peter Stoppacher, Denise Schiffrer-Barac, Franz Ferner
Moderation: Mag.a Daniela Köck
Infos: kpoe-bildungsverein.at

dann doch mit einem Platz für Elisabeth geklappt. „Wir sind überglücklich. Wir waren ja schließlich auf den guten Willen der Pädagoginnen angewiesen, denen ich auf diesen Weg einen großen Dank dafür aussprechen will, dass sie sich so gut um Elisabeth kümmern und in ihr keine Last sehen.“

Elisabeth gehört mit ihrer Krankheit zu den „Einzelfällen“. „Ich habe es erschreckend gefunden, wie man mit meinem Kind umgeht, das eine Krankheit hat und dem das Recht auf ein soziales Leben derart erschwert wird“, so die Mutter rückblickend. Ende gut alles gut? „Einstweilen ja, aber ich befürchte, dass die Suche nach einem Kindergartenplatz nicht weniger schwierig wird.“ Die KPÖ wird sich dafür einsetzen dass bei chronischen erkrankten Kindern zusätzliche Unterstützung gewährt wird.

In sechs Jahren wurden die Mieten um rund ein Viertel teurer! Neueste Statistik zeigt:

Wohnen macht arm!

Ganz Österreich und so auch Graz hat ein Wohnungsproblem. Die KPÖ fordert seit Jahren ein umfangreiches Wohnpaket, welches Wohnen leistbar macht.

Seit Jahren steigen Mieten und Betriebskosten deutlich stärker als die Lohneinkommen, immer schwieriger wird es für viele Mieter, ihre Wohnkosten zu bezahlen.

Der Markt regelt nichts!

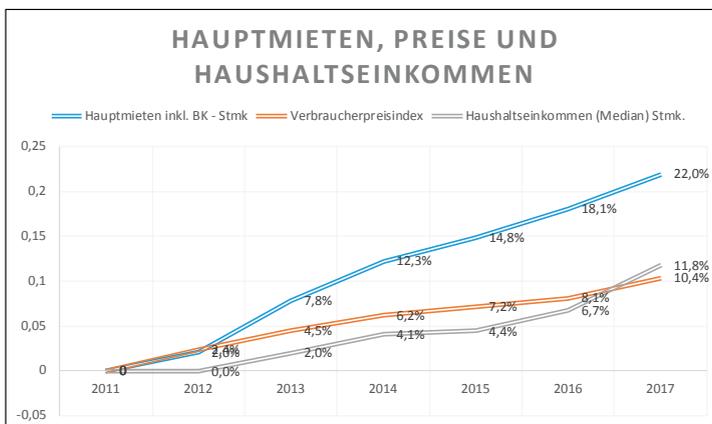
Trotz sichtbarer und reger Bautätigkeit entspannt sich die Lage nicht. Denn an den Bedürfnissen der Mieter vorbeigebaute „Anlegerwohnungen“ erfüllen weder die Renditehoffnungen der Anleger noch sind sie zu bezahlbaren Preisen vermietbar.

Preistreiber sind Investoren

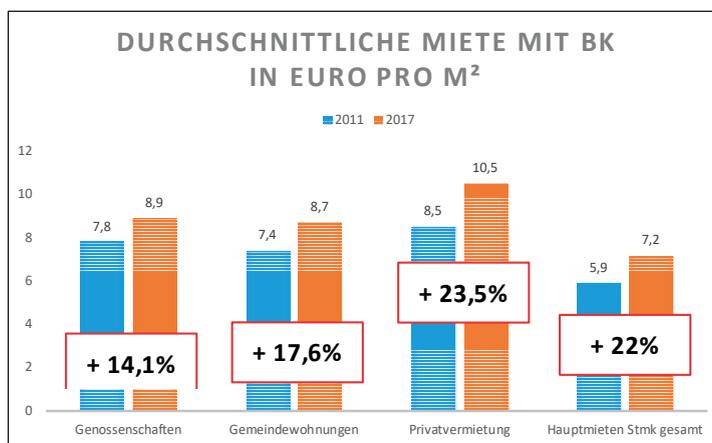
Die Statistik macht es sichtbar: Die Hauptmieten sind in der Steiermark in den letzten sechs Jahren um 22% gestiegen. Hingegen ist das Haushaltseinkommen der Steirer im selben Zeitraum um lediglich 11,8% höher geworden. Hauptursache für den überdurchschnittlichen Anstieg der Mietpreise ist der Investoren-Interessen getriebene private Wohnungssektor. In Österreich sind die Privatvermietungen um 23,5% gestiegen – Genossenschaftswohnungen im Vergleich um 14,1%.



Die aktuelle Wohnstatistik



Von 2011 bis 2017 sind die Hauptmieten im Vergleich zum Haushaltseinkommen um zirka das Doppelte gestiegen. (Daten: Statistik Austria. Diagramm: KPÖ Graz)



Die durchschnittliche Miete ist bei Privatvermietungen in der Steiermark in sechs Jahren um knapp ein Viertel gestiegen. (Daten: Statistik Austria. Diagramm: KPÖ Graz)

Mieten runter! Wohnbau fördern

Vorschläge der KPÖ Graz

- +** Mietobergrenzen für alle Mietwohnungen!
- +** Keine befristeten Mietverträge!
- +** Maklerprovisionen soll der Vermieter zahlen!
- +** Keine Mehrwertsteuer auf Mieten
- +** Zweckbindung der Wohnbaufördermittel!
- +** Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik!
- +** Keine Kürzung, sondern Anpassung der Wohnbeihilfe an die Teuerung!
- +** Kein Verkauf, sondern weiterer Bau von Gemeindewohnungen!

KPÖ-Wohnpaket

Ausführliche Informationen zur Wohnsituation finden Sie im Internet unter



www.kpoe-graz.at/wohnpaket

Wohnbeihilfe - nicht aufgeben!

Die Wohnunterstützung (früher Wohnbeihilfe) gilt für alle Wohnungen mit einem Hauptmietvertrag. Ob man Wohnunterstützung bekommt, hängt ausschließlich vom Einkommen ab. Aber: Die Wohnbeihilfe

hat sich in den letzten Jahren mehrmals geändert. Deshalb: **Trotzdem nicht aufgeben! Stellen Sie erneut einen Antrag!** Bei Fragen können Sie sich gerne und jederzeit an den KPÖ-Mieternotruf wenden.

Mieternotruf 717108

0316/www.kpoe-graz.at/mieternotruf

Pflegeberufe würdigen!

Schöne Worte reichen nicht

von Philipp Ulrich*

In den letzten Jahren hören und lesen wir immer häufiger Begriffe wie Pflegenotstand und Pflegeskandale.

Pflegekräfte sehr gefragt

Zwar werden Arbeit und Leistung der Pflegekräfte von der Bevölkerung sehr geschätzt. Doch einer der häufigsten Sätze, welche das Personal täglich zu hören bekommt, lautet: „Ich weiß, ihr könnt' s ja eh nichts dafür, aber...“. In den Heimen ist der Druck aufgrund des Betreuungsschlüssels besonders hoch. Zwei bis drei Menschen betreuen und pflegen oftmals zwei Dutzend Menschen über viele Stunden hindurch. (Nachtdienst nur zwei Personen für bis zu 100 BewohnerInnen!). Krankenstände, hohe Personalfuktuation und auch Pflegefehler nehmen zu.

Überlastet und unterbezahlt

Der Bedarf an Pflegekräften ist in den letzten Jahren praktisch explodiert. Obwohl immer mehr Heime errichtet werden, kann der Bedarf nicht einmal annähernd gedeckt werden. Die ohnehin niedrige Bezahlung von Pflegekräften ist in privaten und gemeinnützigen Pflegeheimen noch schlechter als bei den Pflegeeinrichtungen des Landes.

Der jüngste Kollektivvertragsabschluss in der Sozialwirtschaft mit einer Anhebung der Gehälter um 3,2 % sowie einer um 100 Euro höheren Entschädigung für Lehrlinge ist zwar ein Anfang, ändert aber noch lange nichts am Umstand, dass Pflegekräfte – verglichen mit anderen Berufen – notorisch unterbezahlt und vor allem dermaßen überlastet sind, dass bis zu 70 % der Beschäftigten nur in Teilzeit arbeiten – Gehaltseinbußen inklusive. Die Chance, durch eine Reduktion der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche sowie eine zusätzliche Urlaubswoche eine Attraktivierung der Pflegeberufe zu erreichen, wurde einmal mehr vertan.

Politik muss handeln

In der Steiermark sind zwei Drittel der Pflegeheime gemeinnützige bzw. private Einrichtungen. Viele von ihnen werden von international agierenden privaten Konzernen geführt, deren Ziel es ist, für die Investoren entsprechende Gewinne zu erwirtschaften. Zahlen muss dafür freilich die öffentliche Hand.

Die KPÖ fordert seit Jahren eine Trendumkehr: hin zu mehr öffentlichen Pflegeeinrichtungen, die nicht gewinnorientiert arbeiten

Nur wenn wir für mehr Be-



* Philipp Ulrich, Jahrgang 1984, arbeitet bei der Lebenshilfe als Behindertenbetreuer und Pfleger.

Er lebt in einer Beziehung und ist Vater eines drei Monate alten Sohnes. Die Arbeit und enge Beziehung mit behinderten Menschen ist ihm ein Anliegen. Soziale Arbeit ist mit Profitdenken unvereinbar.

Bei der Arbeiterkammerwahl engagiert er sich für er für die Liste 5 - GLB-KPÖ.

wusstsein sorgen und Druck auf die politisch Verantwortlichen aufbauen, ändert sich etwas. Als kleiner Erfolg lässt sich verbuchen, dass – nach stets mit Nachdruck eingebrachten Forderungen der KPÖ im Landtag – für den Zeitraum 2016 bis 2019 eine erste Aufstockung bei der Zahl der Pflegekräfte um mehr als 800 zusätzliche Dienstposten für alle steirischen Pflegeheime sowie eine Mindestanwesenheit von Pflegepersonal im Nachtdienst erreicht werden konnten. Doch das kann nur ein erster Schritt sein.

Pflegeberufe attraktivieren

„Beim Berufsbild der Pflegekräfte handelt es sich um eine emotional und körperlich anstrengende, verantwortungsvolle und bisher zwar hoch geschätzte, aber schlecht bezahlte Arbeit“, betont auch Gesundheits- und Pflegestadtrat Robert Krotzer. „Umso mehr ist es höchst an der Zeit, dass die Pflegeberufe attraktiviert werden“, so Krotzer. „Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt seit Jahren. Es reicht eben nicht, nur Hochglanzbroschüren und schöne Worte zu produzieren.“

KAGes: Für einen (gesunden) 8-Stunden-Tag



Kommentar von KPÖ-Gemeinderätin Elke Heinrichs, pensionierte BMA

Viele Arbeitnehmer der Steiermärkischen KAGes klagen über zunehmende Erschöpfung. Das hat mehrere Ursachen.

Seit Jahren nimmt die Last durch Dokumentationspflichten und allgemeine Bürokratie zu, von den Labors bis zum Krankenbett. Hier wäre dringend mehr Personal vonnöten!

Gesundheitsberufe – ganz besonders aber der Pflegebereich – sind körperlich wie emotional sehr fordernde Arbeitsplätze. Pflegebedienstete in Intensivstationen oder in diversen geriatrischen Einrichtungen arbeiten an vielen Tagen am Limit.

Die Anhebung des Pflege-schlüssels wäre dringend geboten!

Als ehemalige MTD-Bediens-tete weiß ich, dass derzeit zB. zu wenige Stellen für Biomedizinische Analytiker (BMA) nach-besetzt werden können. Für die freien Laborstellen stehen zu wenige Fachkräfte zur Verfügung.

Es braucht einen Schulter-schluss zwischen KAGes und den FHs für mehr Ausbildungsplätze!

Vor allem aber braucht es eine versierte gewerkschaftliche Vertretung für das Gesundheitspersonal!

Der öffentliche, solidarische Gesundheitsbereich muss aus-gebaut statt gedeckelt werden. Die „explodierenden“ Gesund-heitskosten in Österreich gibt es nämlich gar nicht. Im Verhältnis zu den gesamten Staatsausgaben sind diese seit 1998 nur um 1,8 Prozent gestiegen.



Die Wertschätzung für die Pflege sollte in entsprechenden Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte ihren Niederschlag finden.



**KONSEQUENT
FÜR GERECHTIGKEIT!**

KURT LUTTENBERGER

GLB-Spitzenkandidat

LISTE 5  **GLB-KPÖ**

Arbeiterkammer-Wahl 2019

28. März – 10. April